Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12091**

18. Wahlperiode 25.04.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Harald Petzold (Havelland), Stefan Liebich, Jan Korte, Frank Tempel, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Dr. André Hahn, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Katrin Kunert, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Petra Pau, Martina Renner, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Verfolgung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transpersonen und Intersexuellen (LGBTI) in Tschetschenien entgegentreten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In der russischen Teilrepublik Tschetschenien werden nach Informationen von *The Guardian* unter Berufung auf *Nowaja Gaseta* (https://www.theguardian.com/commentisfree/2017/apr/13/gay-men-targeted-chechnya-russia) schwule Männer entführt, gefoltert und getötet. Human Rights Watch hat bereits am 28. März 2017 einen Bericht veröffentlicht, in dem diese Informationen bestätigt wurden (https://www.hrw.org/news/2017/04/04/anti-lgbt-violence-chechnya). Mittlerweile haben die Verfolgungskampagne und die Gewalt eine beispiellose Größenordnung angenommen. Sie stellen schwerwiegende Verletzungen der Menschen- und Bürgerrechte der Betroffenen dar. Ein Sprecher des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow bezeichnete die Berichte als Desinformation; in Tschetschenien gebe es keine Homosexuellen – „Sonst würden ihre Verwandten sie dorthin schicken, woher es kein Zurück gibt.“.

Wegen der Berichte aus Tschetschenien fordert auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), deren Mitglied die Russische Föderation ist, die russische Regierung auf, Homosexuelle im Kaukasus besser zu schützen.

Der Europarat, das Europäische Parlament, mehrere Regierungen sowie etliche Menschenrechtsorganisationen haben zur Lage in Tschetschenien Stellung bezogen und auch die Bundesregierung hat sich geäußert (http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2017/170407_Erler_Verfolgung_Homosexueller_RUS.html?version=2).

Der Deutsche Bundestag verurteilt jede Form von Gewalt gegen LGBTI-Personen oder deren Verfolgung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in Gesprächen mit der russischen Regierung darauf hinzuwirken, dass die in Tschetschenien stattfindende Verfolgung und Ermordung von LGBTI-Personen beendet und deren Menschen- und Bürgerrechte sichergestellt werden;
2. durch Anweisung an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sicherzustellen, dass Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität in ihren Heimatländern verfolgt und in ihrer körperlichen Unversehrtheit bedroht werden, als international schutzbedürftige Flüchtlinge anerkannt werden und einen sicheren Schutzstatus erhalten; im Asylverfahren muss deshalb von Beginn an auf die besondere Situation der Betroffenen Rücksicht genommen und sie effektiv vor weiterer Diskriminierung geschützt werden (etwa durch eine private Unterbringung); Anhörungen sind nur von entsprechend qualifizierten Entscheiderinnen und Entscheidern vorzunehmen.

Berlin, den 25. April 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.